



Sie stehen für die kantonale Personalpolitik gerade (von links): Personalchef Franz Michlig, Generalsekretär Ignace Rey, Staatsrat Wilhelm Schnyder, ZMLB-Präsident Jean-Pierre Salamin.

Zur Generalversammlung des Zentralverbandes der Staatsbediensteten Staatspersonal spart 30 Millionen

S i t t e n. — Am vergangenen Samstag abend tagte unter dem Vorsitz von Präsident Jean-Pierre Salamin die Delegiertenversammlung des rund 6300 Mitglieder zählenden «Zentralverbandes der Magistraten, der Lehrerschaft und der Beamten des Staates Wallis» (ZMLB) in der Aula des Kollegiums «Les Creusets».

Der Versammlung wohnten auch der Chef des Finanz- und Energiedepartements, Staatsrat Wilhelm Schnyder, und der Personalchef des Staates, lic. rer. pol. Franz Michlig, bei. Die Ausführungen von Staatsrat Schnyder, der den Staat als Sozialpartner und Arbeitgeber gegenüber den Bediensteten vertrat, fanden starke Beachtung. In einem längeren Votum schilderte ZMLB-Generalsekretär Ignace Rey die Probleme, die sich heute dem Personal der öffentlichen Hand im Rahmen der Sparpolitik stellen. Das Staatspersonal, das schon beachtliche Opfer gebracht hat, wird, wenn nicht alles täuscht, im kommenden Jahr 30 Millionen Franken auf dem «Altar des Vaterlandes» opfern. Die GV schloss mit einem Aperitif und einem gemeinsamen Nachtessen der Delegierten.

Die wirtschaftliche Lage ist nach vor kritisch. Dies wird auch einen Rückgang der Steuereinnahmen beim Staate unabweidbar machen. Wie Sekretär Ignace Rey ausführte, haben heute in der Schweiz immerhin 60 Prozent aller Leute Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Die Magistraten, die Lehrer und die Beamten des Staates, die jährlich über ihre Entlohnung mit dem Sozialpartner Staat reden müssen, sehen, wie Rey ausführte, die schwierige Wirtschaftslage des Kantons ein. In den Verhandlungen, die der ZMLB mit dem Staatsrat führt, hat sich ergeben, dass die Staatsbediensteten im kommenden Jahr global einen Betrag von 30 Millionen Franken weniger beziehen werden. Dies ist ein erhebliches Opfer.

Dialog läuft

Die beiden unmittelbaren Sozialpartner, der Staatsrat und der Zentralvorstand ZMLB, hoffen, dass der Grosse Rat im kommenden Herbst das dann vollständig vorliegende und nach langen Verhandlungen erarbeitete Entlohnungspaket für die Staatsangestellten annimmt

und nicht von sich aus noch weitere Opfer verlangt. Der ZMLB will andererseits in diesen Verhandlungen mit dem staatlichen Arbeitgeber die 1990 beschlossenen Ziele der Personalpolitik «sinngemäss» weiterverfolgen und vor allem vermeiden, dass Massnahmen mit unwiderruflichem Charakter getroffen werden. Es gebe zu denken, wenn heute im Gefängnis nachts nur ein einziger Wächter vorhanden sei und wenn andererseits Kindergärten, Primar- und Mittelschulklassen mit 32 Schülern «ausgestattet» sind.

Rey möchte auch die Kaufkraft der Löhne erhalten sehen. Er verspricht sich auch etwas von der sektoriellen Analyse, die im Rahmen des Lohnkonzeptes 1990 vorgesehen ist. Rey und Salamin waren sich darüber im klaren, dass es nun gilt, eine «wirtschaftliche Wüste» zu durchqueren. Daran habe das Staatspersonal keine Freude.

Die Herausforderung sei hart. Rey: «Wir müssen dem Staat die Treue halten, aber auch für die Interessen der öffentlichen Verwaltung kämpfen.» Generalsekretär Ignace Rey erhielt für sei-

nen in die Einzelheiten gehenden Bericht gewaltigen Applaus.

Staatsrat Schnyder: offen, klar

Die gedrückte Stimmung im überfüllten Saal lockerte sich etwas, als Staatsrat Wilhelm Schnyder auf die Bühne gebeten wurde und in klarer Form, in seiner Muttersprache, aber auch in bestem akzentfreiem Französisch, die Stellung der Regierung in den Verhandlungen

U.B., 20.9.93/1

gen mit den Staatsbediensteten offenlegte. Er ging ebenfalls auf die schwierige finanzielle und wirtschaftliche Lage des Kantons ein. In bezug auf die Motion Gaby Grand, die eine Aufhebung des automatischen Teuerungsausgleichs fordert, stellte Schnyder klar, dass der Staatsrat den Grundsatz des Teuerungsausgleichs weiter aufrechterhalte, dass aber in schwierigen wirtschaftlichen Lagen auch eine Ausnahme vertretbar sei. Staatsrat Schnyder sprach sich ferner gegen einen Arbeitsplatzabbau aus. Der Personalstopp müsse allerdings beibehalten und zur Bewältigung neuer Aufgaben müssten freie Kapazitäten genutzt werden. In Übereinstimmung mit Rey und Salamin ist der Staatsrat der Meinung, dass allen Staatsbediensteten in den drückenden sozialen Rahmenbedingungen und mit der stets steigenden Komplizierung der Sachverhalte neue und schwierige Herausforderungen bevorstehen.

Schnyder: «Nur ein gesunder Finanzhaushalt des Kantons kann eine zukunftsversprechende Personalpolitik ermöglichen.» Es werfe ein bezeichnendes Licht auf die Ausgabenpolitik des Staates und auf die Einsparungsmöglichkeiten, dass der 1985 auf 100 gesetzte Ausgabenindex heute in den verschiedenen Be-

reichen des Staates z. B. den folgenden Stand erreicht hat: Baudepartement: 131; Umwelt: 194; Erziehungsdepartement: 182; Soziales: 215; Gesundheit: 251. Diesen Zahlen gegenüber hat sich der Index der Konsumentenpreise bei gleichem Ausgangswert 100 im Jahre 1985 nur auf 132,5 erhöht. Die «Opfersymmetrie» sei aber insoweit gewahrt, als im Bereich der Investitionen des Staates nun doch erhebliche Abstriche gemacht worden seien. So stehen der kantonalen Dienststelle für Strassen- und Brückenbau, die vor wenigen Jahren noch 80 Millionen Franken zur Verfügung hatte, heute noch knapp 40 Millionen zur Verfügung. Auch in anderen Sparten ist Sparen angezeigt. Vom Personal wird eine Einsparung von rund 30 Millionen Franken verlangt. Die vorerwähnten Zahlen zeigen, dass andererseits Bereiche wie Schulen, Soziales und Gesundheitswesen in den letzten Jahren eine sprunghafte Entwicklung durchgemacht haben. Staatsrat Schnyder anerkannte, dass heute trotz der schwierigen Lage sowohl die kantonale Verwaltung als auch die Lehrerschaft mit Offenheit, mit Einsatz und Kompetenz die ihnen überbundene Aufgabe wahrnehmen. Ein Mitarbeiter der Steuerverwaltung im Wallis hat heute 1940 Steuerpflichtige zu «bearbeiten»; im Kanton Waadt wären diesem Mitarbei-

ter nur 500 Steuerpflichtige zugeordnet. Applaus ertete Wilhelm Schnyder mit der Feststellung, dass der Vorsteher des Finanz- und Energiedepartements vom Walliser Volk gewählt worden sei, um in einer äusserst schwierigen Situation sein Amt und seine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen und nicht, um den Leuten nach dem Munde zu reden.

Einigkeit

Die Mitarbeiter der grössten «Unternehmung» im Wallis zeigten an dieser Delegiertenversammlung eine erstaunliche Einigkeit. Das wird sich in den anstehenden Beratungen und Verhandlungen positiv auswirken. Diese Verhandlungen sind unter den gegenwärtigen Umständen nicht leicht, aber um so wichtiger. Sie scheinen aber trotz allem auf gutem Wege zu sein. Der Mitgliederbeitrag des ZMLB bleibt, wie beschlossen, gleich wie bisher. Auch der Hilfsfonds und der Vermögensausweis können sich zurzeit sehen lassen. Der Umstand, dass offenbar die Sozialpartner, der Staatsrat und der ZMLB, miteinander verhandeln können, ist für das soziale Klima von Bedeutung. Unser Foto zeigt, dass sich die Herren Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihrer gemeinsamen Aufgabe in einem schwer steuerbaren, bedrohten Schiff voll bewusst sind. ag.

U.B., 20.9.83/2